



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE-UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG 29 OLDENBURG POSTFACH 943
TEL. 510 64 REDAKTION GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH)
JAN KOCHANOWSKI MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL
GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FUHRT.)

4. Juni **21/75**

Tag der offenen Tür

Die organisatorischen Vorbereitungen für den Tag der offenen Tür am 7. Juni ist soweit beendet. Die Universität ist für einen Besucherstrom gerüstet, dessen Quantität allerdings nicht absehbar ist. Jedoch sollte sich die Universität auf 3000 Personen als untere Grenze einstellen. Am vergangenen Wochenende besuchten aus gleichem Anlaß etwa 15 000 Menschen die Universität Bremen, die allerdings ihre Veranstal-

tungen auf zwei Tage verteilte. Die Organisatoren des Tages der offenen Tür bitten in diesem Zusammenhang noch einmal alle Hochschulangehörigen, die sich am Tag der offenen Tür beteiligen, pünktlich ihre Informationsstände usw. zu besetzen. Dies gilt besonders auch für die Studienberater, die um 10.00 Uhr in den ihnen zugewiesenen Räumen die ersten Unterprimaner erwarten müssen.

Haubold trat zurück

... weil WiHis erst am 15.6. Geld bekommen

Weil eine wissenschaftliche Hilfskraft erst am 15. Juni ihre erste Gehaltszahlung erwarten kann, ist der Vorsitzende des Fachbereichsrates IV, Professor Dr. Karl Haubold, zurückgetreten. Haubold realisierte damit seine in einem Brief an das Wissenschaftsministerium angekündigte Drohung, er werde aus seinem Amt ausscheiden, wenn die in der Fachbereichsgeschäftsstelle seit dem 1. April beschäftigte Studentin nicht sofort die ihr zustehenden Gelder erhielt.

In seiner Rücktrittserklärung betonte Haubold, er stelle sein Amt einem Kollegen zur Verfügung, der bereit sei, die Geschäfte des Fachbereiches in Zusammenarbeit mit Kollegen zu führen, die mehr als 10 Wochen auf ihre eh nicht sehr hohen Bezüge warten müßten. Was immer die Reformintentionen der Universität sein mögen, mit solchen Zumutungen gegenüber Mitarbeitern werde sie insbesondere von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten kein Vertrauenskapital erwerben.

Von den finanztechnischen Problemen sind nach Auskunft der Vollversammlung der Tutoren etwa 50 % aller Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte betroffen. Sie erhalten seit März kein Geld, obwohl die Arbeit in den Projekten und Kursen kontinuierlich weitergeführt wird.

Die Gründe hierfür müssen zurückverfolgt werden bis Anfang März, als der Senat einen Beschluß faßte, der nicht durchführbar war. Damals hatte er gefordert, daß sämtliche wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren wieder eingestellt werden sollten, obwohl klar war, daß die entsprechenden Gelder nicht vorhan-

den sind. So konnte die endgültige Entscheidung über die Einstellung der Tutoren erst Ende März gefaßt werden, was nach Auskunft der Personalstelle bedeutete, daß damit ausgeschlossen gewesen sei, die einzustellenden wissenschaftlichen Hilfskräfte regulär mit einem Abschlag am 15. April abzufinden, denn Gehaltszahlungen und Abschläge können nur dann terminrechtlich abgewickelt werden, wenn 4 Wochen vor der Zahlung die Namen der WiHis bei der Personalstelle bekannt, die Verträge unterschrieben und sämtliche Unterlagen für die Einstellung vorhanden sind.

Daß die Forderungen der Regierungshauptkasse rechtlich sicherlich nicht haltbar sind, bedarf wohl keiner Erörterung. Fest steht aber auch, daß der Fachbereich IV selbst erst am 23. April die gewünschten Einstellungen der wissenschaftlichen Hilfskräfte in der Personalstelle gemeldet hat, so daß eine rechtzeitige Bezahlung ohnehin nicht möglich gewesen wäre, obwohl der Vertrag nur 3 Tage nach der Meldung unterzeichnet worden war.

Bleibt die Tatsache, daß dennoch die Situation für die Tutoren und wissen-

schaftlichen Hilfskräfte unzumutbar ist. Die Vollversammlung der Tutoren und Hilfskräfte hat in einer Resolution dazu u.a. wie folgt Stellung genommen: "Unabhängig davon, welche Faktoren für diese Situation ausschlaggebend waren, halten es die Tutoren und HiWis für unzumutbar, aufgrund informeller Zusagen für die Bezahlung, die Arbeit fortzusetzen, zumal es keine Sicherheit dafür gibt, daß die Bezahlung tatsächlich erfolgt. Insbesondere ist es unverantwortlich und unverständlich, daß keine Abschläge gezahlt werden. Schließlich hat eine nicht geringe Anzahl der Tutoren und HiWis diese Arbeit unter Rückstellung anderer möglicher Tätigkeiten, die eine kontinuierliche Bezahlung gewährleistet hätten, übernommen, in der realistischen Annahme, daß bei Verlängerung der Verträge die Bezahlung in einem angemessenen Zeitraum erfolgt. Die Verunsicherung, die durch die Nichtbezahlung geleisteter Arbeit entsteht, hat nicht geringe Auswirkungen auf die inhaltliche Arbeit und die Arbeitsintensität, so daß sich die Tutoren und HiWis entschlossen haben, Auskünfte über ihre Rechtslage einzuholen. Die VV der Tutoren und HiWis fordert unverzüglich Abschlagszahlungen für alle betroffenen Tutoren und HiWis bereitzustellen und die Bezahlung für mindestens Juni zu ermöglichen, ansonsten sind rechtliche Schritte gegen diese Zustände seitens der Tutoren und HiWis unumgänglich. Die VV hat die Interessensvertretung weiterhin beauftragt in Zusammenarbeit mit Personalrat und GEW weitere Maßnahmen einzuleiten." gh

Neuer FB-Vorsitzender

Eberhard Schmidt, Hochschullehrer im Fach Politikwissenschaft, ist zum Fachbereichsvorsitzenden im FB III gewählt worden, nachdem Gerd Vonderach aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist.

Info-Stand "Berufsberatung"

Im Rahmen der Studienberatung am "Tag der offenen Tür" wird nun auch ein spezielles Büro für Zulassungsfragen im VG 102 und vom Arbeitsamt ein Info-Stand "Berufsberatung" (VG 103) eingerichtet.

Im WS 75/76 Statistik I und II

Im WS 75/76 wird Prof. Freytag Statistik I und II in einem Kurs mit 4 Semesterwochenstunden für alle Diplomstudiengänge durchführen. Dieser Kurs wird für Mathematiker allerdings nicht geeignet sein. Der Kollege Urban wird den Kurs "Methoden der empirischen Sozialforschung" im selben Semester mit 2 Semesterwochenstunden anbieten. Im SS 76 wird dann von Freytag der Kurs "Methoden der empirischen Sozialforschung" durchgeführt und voraussichtlich vom Kollegen Ebben ein 4-stündiger Kurs in Statistik I und II durchgeführt.

Dies ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppensitzung aller mit Statistik befaßten Hochschullehrer aus allen Fachbereichen. Anlaß für diese Arbeitsgruppensitzung war die Tatsache, daß in diesem Semester für Diplompädagogikstudenten kein Angebot in Statistik I vorhanden war, was bei den Studenten einigen "Unmut" hervorgerufen hatte. Die Situation für die Studenten stellte sich, wie der ASTa in einem Dringlichkeitsantrag an den Fachbereichsrat I ausführte, so dar: "Da das Hauptdiplomstudium nur eine Länge von 4 Semestern hat, ergibt sich daraus, daß falls erst im nächsten Semester ein entsprechender Kurs angeboten würde, die betroffenen Kommilitonen in ihrem Prüfungssemester den Statistik II Kurs belegen müßten." Dies

wurde vom ASTa als eine unzumutbare Belastung angesehen. Der Fachbereichsrat I bezeichnete den zitierten Antrag des ASTa als ein legitimes Anliegen und beauftragte den Vorsitzenden "kurzfristige Maßnahmen" zur Lösung des Problems einzuleiten. Aufgrund dieser Initiative konnte nun das oben angeführte Ergebnis erzielt werden. Ein weiteres Ergebnis dieser Arbeitsgruppensitzung war die Feststellung darüber, daß die bisherigen Methoden der Statistikurse überarbeitet werden müßten und anstelle der bisher betriebenen, an Lehrbüchern orientierten Vorgehensweise die Kurse jetzt stärker problemorientiert konzipiert werden sollten. Hierfür besteht allerdings seitens der Arbeitsgruppe noch kein klares Konzept, das sich aber möglicherweise aus den für das WS 75/76 und SS 76 geplanten Kursen entwickeln wird. Hierbei wird die begonnene Diskussion der Hochschullehrer in der Arbeitsgruppe, die langfristig weiterbestehen soll, einen wichtigen Beitrag leisten. Unklar ist noch, durch welche Leistungen die Studenten in den Besitz der für ihre Diplomprüfung notwendigen Statistik- und Empiriescheine kommen sollen. Wahrscheinlich wird am Ende der Kurse eine Klausur stehen. Eine Alternative dazu wird in der Gruppenhausarbeit oder Gruppenklausur gesehen.

HL und Berufspraktische Ausbildung der Studenten

Mit einem einstimmigen Beschluß hatte der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg dem damals zuständigen Kultusminister vorgeschlagen, in den Berufsvereinbarungen aller Hochschullehrer eine besondere Verpflichtung zur Beteiligung an der berufspraktischen Ausbildung der Studenten - soweit es die Studien- und Prüfungsordnungen vorschreiben - vorzusehen. Mit diesem Beschluß hatte der Gründungsausschuß einer Forderung des Bezirksverbandes Oldenburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rechnung getragen, die einen vergleichbaren Vorschlag in Sorge um die Qualität der berufspraktischen Ausbildung der Lehrer im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung dem Gründungsausschuß unterbreitet hatte. Folgende Antwort ist der Universität nach mehrmaligen Erinnerungen vom Nieders. Minister für Wissenschaft und Kunst zugegangen, die den Intentionen des damaligen GA-Beschlusses Rechnung trägt:

"Eine Verpflichtung von Hochschullehrern an der berufspraktischen Ausbildung der Studenten mitzuwirken, soweit eine derartige Ausbildung im Rahmen der Studiengänge/Studienordnungen vorgesehen ist, besteht ohnehin kraft ihres Amtes. Einer besonderen Aufnahme einer solchen Verpflichtung in die Berufsvereinbarung bedarf es daher nicht; sie ist - im Rahmen der Studiengänge, an de-

ren Versorgung der Hochschullehrer mitwirkt - unter der vorstehend genannten Voraussetzung Teil des Inhalts des von dem Hochschullehrer wahrgenommenen Amtes. Die Aufnahme des von Ihnen angelegten Zusatzes in die Berufsvereinbarung ist daher nicht erforderlich. Ein derartiger Zusatz könnte überdies Anlaß zu Mißverständnissen sein. Da bei allen bisher an die Universitäten Oldenburg und Osnabrück berufenen Hochschullehrern die Verpflichtung zur Mitwirkung an der berufspraktischen Ausbildung der Studenten in der Berufsvereinbarung nicht ausdrücklich erwähnt worden ist, könnte - fälschlich - geschlossen werden, daß für die bisher berufenen Hochschullehrer eine Verpflichtung zur Teilnahme an der berufspraktischen Ausbildung der Studenten nicht besteht, daß sie dagegen nur für diejenigen gegeben ist, in deren Berufsvereinbarung sie ausdrücklich vermerkt ist. Ein solches Mißverständnis sollte vermieden werden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß Berufsvereinbarungen nur mit Wissenschaftlern abgeschlossen werden, die einen Ruf auf eine Stelle der Besoldungsgruppe AH 4 erhalten haben, dagegen nicht mit Wissenschaftlern, die zum wissenschaftlichen Rat und Professor ernannt werden. Für die zuletzt genannte Personengruppe gilt jedoch in gleicher Weise wie für Ordentliche Professoren die

"Thesen gegen Projektstudium"

Professor Dr. Bulthaupt (Universität Darmstadt) wird sich am 6.6.75 um 16.15 Uhr im AVZ, Raum 3-203, kritisch mit dem Projektstudium auseinandersetzen. Sein Thema "Thesen gegen das Projektstudium". Bulthaupt, der von Haus aus Chemiker ist und einen Lehrstuhl für Philosophie in Darmstadt besetzt, wird in seiner Kritik am Projektstudium das Verhältnis des Projektbegriffs zur Fachsystematik untersuchen. Veranstalter: Projekt Haarenniederung.

Vortragsreihe beginnt!

Die Teilnehmer des sprachwissenschaftlichen Kolloquiums machen auf eine Vortragsreihe aufmerksam, die in den kommenden Wochen in der Universität stattfinden wird:

- 1.) Prof. Dr. K.-H. Körner: "Überlegungen zur literarischen Redewiedergabe", Freitag, den 13. Juni, 15 Uhr, Raum VG 103;
- 2.) Dr. B. Volková: "Die Kategorie der Emotionalität in der Sprache", Freitag, den 20. Juni, 15 Uhr, Raum VG 103;
- 3.) Dr. E. Feldbusch: "Probleme der Soziolinguistik" (genauer Titel wird bekanntgegeben), Freitag, den 27. Juni, 15 Uhr, Raum VG 103;
- 4.) Dr. H. Löffler: "Interferenz Dialekt - Hochsprache als Schulproblem", Mittwoch, den 2. Juli, 11 Uhr (Raum wird bekanntgegeben).

Leserbrief

Zu einem Bericht im Uni-Info 19/75, der unter der Überschrift "Ad-hoc-Ausschuß gebildet" erschienen ist, äußert sich Dr. Prodosch Aich in einem kritischen Brief: "Ein Bericht im Uni-Info hat die Funktion, die Hochschulöffentlichkeit über wichtige Vorgänge zu informieren. Die Information soll so vollständig wie möglich sein. Ihre Information im Uni-Info 19/75 bleibt solange unvollständig bis mitgeteilt wird, daß sich der Senat in der Auseinandersetzung zwischen Rektor und Projekt Haarenniederung auf Antrag des Rektors eingeschaltet hat. Von Herrn Krüger wurde eine Resolution als Tischvorlage eingebracht. Diese Resolution enthielt zwei Sätze aus dem offenen Antwortbrief des Rektors an das Projekt Haarenniederung. Nach 2-stündiger Diskussion wurde ein Nicht-Befassungsantrag zur Beschlusvorlage Krügers mit der Begründung eingebracht, ein Beschluß auf der Grundlage der Krügerschen Vorlage ohne inhaltliche Untersuchung würde ein Reinwaschen von Krüger bedeuten. Der Nicht-Befassungsantrag wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Die Information über die Krügersche Beschlusvorlage und über das knappe Abstimmungsergebnis würden den Bericht über die Bildung des ad-hoc-Ausschusses des Senats vervollständigen." Prodosch Aich

Verpflichtung, kraft ihres Amtes an der berufspraktischen Ausbildung der Studenten mitzuwirken, soweit eine solche Ausbildung im Rahmen der Studiengänge/Studienordnungen vorgesehen ist."